



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Finanzen und  
Beteiligungen -

## Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 7. Juli 2021

Vorlagen-Nr. 21-F-55-0023

### **Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung bekämpfen!** **-Antrag von DIE LINKE. Stadtfraktion Wiesbaden vom 28.06.2021-**

Mit Beschluss Nr. 0289 vom 29. Juni 2017 hat die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat aufgefordert, Maßnahmen zur effektiven Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu entwickeln. Der Beteiligungsausschuss hat hierzu am 28. Januar 2020 den anbei liegenden Beschluss Nr. 0023 gefasst.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge zur Umsetzung des Beschlusses Nr. 0023 des Beteiligungsausschusses vom 28. Januar 2020 berichten.

---

### Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu TO I Pkt. 5 zur Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 03. Dezember 2019

Antrag zur SV 19-V-23-0301

Der Ausschuss wolle beschließen:

1. Der Ausschuss
  - a. nimmt die ablehnende Haltung des Magistrats bzgl. eines Hearings zum Thema Schwarzarbeit zur Kenntnis, und
  - b. lädt einen Vertreter/eine Vertreterin des zentralen Vergabeamtes der Stadt Köln zu einer der nächsten Sitzungen ein.
  
2. Der Magistrat wird gebeten,
  - a. die ausstehenden Antworten der städtischen Gesellschaften mit Nachdruck einzufordern,
  - b. darauf hinzuwirken, dass in allen städtischen Gesellschaften Vertragsstrafen bei Schwarzarbeit in die Musterverträge aufgenommen werden,
  - c. darzulegen, wie er gedenkt, die von GWW, SEG sowie WiBau unterstützte engere Abstimmung mit den Zollbehörden (z.B. Meldung aller Baustellen) umzusetzen,
  - d. dafür zu sorgen, dass alle Verstöße im Bereich der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (sowohl bei der Kernverwaltung als auch bei städtischen Gesellschaften) inkl. der verhängten Vertragsstrafen an einer zentralen Stelle (bspw. Beteiligungsverwaltung und/oder Verdingungsstelle) gesammelt und in einem jährlichen Bericht dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben werden.

**Beschluss Nr. 0080**

Punkt 1 des Antrags der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu TO I Pkt. 5 zur Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 03. Dezember 2019 (Antrag zur SV 19-V-23-0301), Beschlusses Nr. 0289 des Beteiligungsausschusses vom 29.06.2017, ist erledigt.

Die Punkte 2a sowie 2c und 2d werden angenommen.

Zu Punkt 2b wird der Magistrat gebeten, die Aufsichtsratsvorsitzenden über die Beteiligungsverwaltung zu bitten, das Thema Schwarzarbeit im Rahmen einer der nächsten Aufsichtsratssitzungen zu behandeln.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2021

Dr. Reinhard Völker  
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .07.2021

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .07.2021

Dezernat III  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende  
Oberbürgermeister